

Kommuniqué der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest¹

19. Februar 1971

Am 18. und 19. Februar 1971 fand in Bukarest eine Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages — der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik — statt.

Ausgehend von der Erklärung zu Fragen der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit in Europa, die von der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 2. Dezember 1970 in Berlin angenommen wurde, haben die Minister einen Informations- und Meinungsaustausch über den Stand der Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz geführt.

Angesichts der positiven Entwicklung, die in den letzten Jahren in den Beziehungen zwischen europäischen Staaten vor sich gegangen ist, stellen die Teilnehmer der Beratung mit Genugtuung fest, daß infolge der von den sozialistischen Ländern gemachten Anstrengungen und des Beitrages anderer Staaten bestimmte Fortschritte auf dem Wege zur Entspannung auf dem europäischen Kontinent erreicht wurden.

Der von den sozialistischen Ländern unterbreitete Vorschlag zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz findet immer mehr die Unterstützung der Völker Europas und der europäischen Öffentlichkeit, die mit Recht der Auffassung sind, daß eine solche Konferenz eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa sowie zur Anbahnung einer allseitigen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern sein wird. Die Außenminister sind der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen ein praktisches und konstruktives Herangehen an die konkreten Probleme möglich und notwendig ist, um die Durchführung der Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu beschleunigen.

Es wurde festgestellt, daß die Bemühungen, die in letzter Zeit von den Staaten unternommen wurden, die für die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz eintreten, das Vorankommen bei ihrer Vorbereitung fördern. Im Verlaufe bilateraler Kontakte wurden Bedingungen geschaffen, um zur Vorbereitungsarbeit für die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz auf multilateraler Basis überzugehen.

¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 128-30.

Die Aufgabe besteht jetzt darin, den Übergang zu dieser neuen aktiveren Phase der Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz nicht zu verzögern.

Die auf der Beratung vertretenen sozialistischen Staaten bekräftigen erneut ihre Unterstützung für die Initiative der Regierung Finnlands zur Durchführung von Vorbereitungstreffen aller interessierten Staaten in Helsinki sowie ihre Bereitschaft, jederzeit an diesem Treffen teilzunehmen und dafür ihre entsprechenden Vertreter zu bevollmächtigen. Die Außenminister unterstreichen, daß die unverzügliche Durchführung solcher Vorbereitungstreffen von der Notwendigkeit bestimmt wird, zur praktischen Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz überzugehen. Das würde es ermöglichen, alle mit ihrer Einberufung zusammenhängenden Fragen zu erörtern und abzustimmen.

Gleichzeitig wurde die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Kreise, die nicht an einer weiteren Entspannung in Europa interessiert sind, den Widerstand gegen die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz verstärken. Das kommt darin zum Ausdruck, daß alle möglichen Vorbedingungen für ihre Einberufung erhoben werden, deren Zweck es ist, die Vorbereitungsarbeit zu erschweren, und daß die Frage der Einberufung der Konferenz mit anderen Problemen verknüpft wird, was ein ernstes Hindernis auf dem Wege zur Konferenz schafft. Auf die Befolgung einer solchen Linie und auf die Verschärfung des Rüstungskurses in Europa sind auch die Beschlüsse der jüngsten NATO-Ratstagung in Brüssel gerichtet. All das hemmt die Entwicklung günstiger Prozesse in Europa, die den Interessen der Völker des europäischen Kontinents, den Interessen des Friedens entsprechen.

In dieser Situation ergibt sich die Notwendigkeit, zusätzliche Maßnahmen zu treffen, um die Hindernisse zu beseitigen, die der Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz in den Weg gelegt werden. Im Auftrage ihrer Regierungen bekräftigen die Minister für Auswärtige Angelegenheiten erneut die feste Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten der Beratung, zur schnellen Vollendung der Vorbereitungsarbeit für die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz beizutragen. Die Regierungen dieser Staaten appellieren an die Regierungen aller interessierten Staaten, in dieser Richtung weitere Anstrengungen zu unternehmen.

Die auf der Beratung vertretenen sozialistischen Staaten werden auch in Zukunft konstruktive Anstrengungen unternehmen, die auf die Entwicklung normaler, gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen allen Staaten des Kontinents gerichtet sind, und werden für die Herbeiführung und Festigung einer Atmosphäre des Friedens, für die Beendigung des Wettrüstens, für Entspannung und Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt eintreten.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erachten es als wichtig, erneut die große Bedeutung hervorzuheben, die die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten, die solche Beziehungen bisher nicht hergestellt haben, für die europäische und internationale

Sicherheit hat. Beziehungen, die auf den allgemeingültigen Normen des Völkerrechts beruhen, müssen auch zwischen der DDR und der BRD hergestellt werden. Den Interessen der Entspannung würde es auch entsprechen, wenn der Widerstand gegen die Aufnahme der DDR in die UNO und andere internationale Organisationen aufgegeben, würde. Die Teilnehmer der Konferenz betrachten es als ihre Bruderpflicht, der DDR in diesen Fragen jedwede Unterstützung zu erweisen, und werden in dieser Hinsicht die entsprechenden Schritte unternehmen.

[Source: Official publication of the German Democratic Republic]